zorn, der seinen präsidierenden Fraktionsgenossen Kaempf in Kniggeentrüstung versetzte und ihm einen Ordnungsruf auspreßte. Die zutreffenden Ausdrücke, mit denen Genosse David die preußische Methode gekennzeichnet hatte, die anderen Bundesstaaten teils durch Drohungen, teils durch Versprechungen für die Schiffahrtsabgaben zu kirren, wurden von Udo dem Sittenhüter mit zwei Ordnungsrufen belegt. Die Rechte ist natürlich Feuer und Flamme für die Schiffahrtsabgaben; ihr Redner Krech brachte mit einer Offenheit, die man fast lobenswert finden könnte, die Kanalfeindschaft der ostelbischen Junker und Junkergenossen zum unverblümten Ausdruck. Auch das Zentrum, das den Liborius Gerstenberger und einen gewissen Hauß vorschickte, ist für Schiffahrtsabgaben. In der nationalliberalen Brust wohnen wieder einmal zwei Seelen, eine schiffahrtsabgabenfreundliche, die in einer Rede des Münchner Bierphilisters Wölzl sich parlamentarisch offenbarte, und eine schiffahrtsabgabenfeindliche, die in einer Rede des Abg. Heinze etwas eleganter zum Ausdruck kam. Ueberhaupt sind die Sachsen in dieser Frage alle helle; selbst Oswald Zimmermann will von den bundesfreundlichen preußischen Stromabgaben nichts wissen. — Am Donnerstag stehen Vereinsgesetz und Freisinnsblamage auf der Tagesordnung.

Rittmeister und Reichstagsabgeordneter.

Wir haben vor einigen Tagen in unserm Artikel „Wer terrorisiert?“ auf eine sehr auffällige Mitteilung der Mil. Pol. Korresp. hingewiesen. In dieser Mitteilung wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht Reichstagsabgeordnete, die in einem Militärverhältnis stehen, ehrengerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie im Reichstag eine Aeußerung begehen, durch die sich ein militärischer Vorgesetzter verletzt fühlt. Diese Andeutungen erhalten jetzt völlige Klarheit. Es zeigt sich, daß in der Tat die Militärbehörden die Leistung vollbringen, Abgeordnete durch die Drohung mit dem Ehrengericht in ihrer parlamentarischen Meinungsfreiheit terrorisieren zu wollen. Es zeigt sich ferner, daß Abgeordnete bereit sind, sich diesem Terrorismus, der zugleich die schwerste Verletzung der Immunität bedeutet, als stumme Hunde zu fügen.

Bei der dritten Lesung des Militäretats erhob sich der Vizepräsident des Reichstages, Abgeordneter Paasche, um einen im Dezember v. J. aus Anlaß der Harden-Moltke-Affäre erhobenen Vorwurf zurückzunehmen. Er erklärte, seine Behauptungen über das Singen von Spottliedern im Offizierkasino beim Erscheinen Moltkes seien durch die inzwischen erfolgten Ermittelungen nicht voll bestätigt worden; er nehme deshalb keinen Anstand, zu erklären, daß er damals zu weit gegangen sei.

An sich wäre gegen die Zurücknahme einer sich als irrig erweisenden Mitteilung natürlich nichts einzuwenden. Der Fall liegt aber anders. Die Nationalliberale Korrespondenz selbst teilt mit:

„In Verbindung mit dem Fall Gröber und unter Hinweis auf die frühere Offiziersqualität dieses Herrn ist in der Presse die Frage behandelt worden, inwieweit die parlamentarische Immunität einen Abgeordneten, der Offizier ist oder das Recht zum Tragen der Uniform hat, auch vor dem Eingreifen der Kommandogewalt und ehrengerichtlicher Verfolgung wegen Aeußerungen im Parlament, insbesondere auch wegen etwaiger Angriffe gegen die Heeresverwaltung oder Mitglieder der Armee schützen würde. Dieser Konflikt, in den jederzeit ein Parlamentarier, der den militärischen Ehrengerichten unterliegt, mit sich selbst und seinen Pflichten als Volksvertreter kommen kann, ist unlängst akut geworden. Die Art seiner — unaufälligen — Erledigung scheint aber darauf hinzudeuten, daß die maßgebenden Stellen im Heere einen Gewissenszwang nicht scheuen, der von jedem unabhängigen, vornehm denkenden Manne schwer und peinlich empfunden werden muß und mit dem Prinzip der völligen Unabhängigkeit der Reichstagsabgeordneten nicht in Einklang zu bringen ist. Die grundsätzliche Klärung jeden solchen Zweifels, der eine ungelöste parlamentarische Lebensfrage darstellt, erscheint im Interesse von Reichstag und Regierung dringend geboten.“

Man erfährt, daß ein Gewissenszwang gegen den Vizepräsidenten des Reichstages Paasche ausgeübt worden ist, daß Herr Paasche nicht einem eigenen Triebe folgend, sondern durch die Drohung, daß er in seiner Eigenschaft als Rittmeister der Landwehr vor das militärische Ehrengericht zitiert werden würde, zur Zurücknahme seiner Aeußerung gedrängt worden ist.

Während aber noch die Nationalliberale Korrespondenz diese Angelegenheit als eine „parlamentarische Lebensfrage“ erklärt, hat der nationalliberale Vizepräsident Dr. Paasche bereits diese Lebensfrage zu ungunsten des Reichstages entschieden, hat er sich den verfassungswidrigen Beeinflussungen der Militärmacht unterworfen. Die Immunität des Volksvertreters, die Reichsverfassung selber kapituliert vor der verstaubtesten Einrichtung des preußischen Militarismus, vor dem sogenannten Ehrengericht, dessen Verfahren ein Hohn auf jedes wirkliche moderne Gerichtsverfahren ist. Diese militärische Ehrengericht stellt jetzt im Deutschen Reiche gegenüber der Volksvertretung und ihrem Präsidium die höhere Instanz dar, die in die Verhandlungen des Parlaments eingreift und seine Aeußerungen korrigiert.

Daraus ergibt sich, daß alle Abgeordneten, die irgendwie dem Offiziersehrengericht unterstehen, politisch unfrei sind, und daß das deutsche Volk alle solche Persönlichkeiten, die mehr auf die Stimme der Kommandogewalt als auf die Stimme ihrer eigenen Ueberzeugung hören müssen, als Kandidaten für parlamentarische Aemter ablehnen sollte.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, in deren Reihen kein Reserveoffizier sitzt, weil von vornherein jeder Offizier, der ihr beitritt — wie seinerzeit Genosse Heine — oder der auch nur in der Stichwahl für sie stimmt — wie jetzt der freisinnige Dr. Braband —, ohne weiteres kassiert wird. Nur der Sozialdemokrat, der des Offizierstitels „unwürdig“ ist, ist ein zuverlässig unabhängiger und unverletzlicher Volksvertreter im Sinne der deutschen Reichsverfassung.

Deutsches Reich.

Naumann.

Herr Naumann veröffentlicht in der Hilfe einen Artikel über das Kompromiß zum Vereinsgesetz. Er erklärt sich mit diesem Kompromiß einverstanden und schreibt dann weiter über die Kämpfe innerhalb der freisinnigen Parteien:

Der Protest des Herrn Dr. Barth, v. Gerlach und Breitscheidt gegen die Fraktionspolitik war längst vor dem Vereinsgesetzkompromiß vorhanden, und die Frage unserer Abstimmung ist nur der Anlaß, aus dem sich zwei Strömungen scheiden, die trotz aller Verwandtschaft der Ideen nicht mehr innerhalb derselben Organisation werden Politik machen können. Wir sehen es kommen, daß sich eine Anzahl unserer Parteifreunde von allem Zusammenhange mit der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft wird loslagen wollen. Es gibt auch Zuschriften, die in mich dringen, daß ich dasselbe tun soll. Ich werde es nicht tun; ich bleibe bei der Fraktionsgemeinschaft, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn irgend ein Mensch darüber eine praktische Erfahrung hat sammeln können, ob es möglich ist, zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Liberalismus eine neue Partei einzuschieben, so bin ich es. Ob sich die neue Partei sozialliberal nennt oder deutsche Demokratie oder sonstwie, das macht wenig aus. Ihr Charakter wird sein, auf der schmalen Grenzscheide zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus zu wandern. Ich kenne diese Gratwanderung und habe die beste Kraft meiner jüngeren Jahre an diesen Versuch gesetzt, und weil ich mich auf die Geschichte des nationalsozialen Vereins berufen kann, habe ich ein gewisses Recht, allen denjenigen, die jetzt diesen Versuch wiederholen wollen, in aller Freundschaft und Offenheit zu sagen: Man kann Sozialdemokrat werden oder man muß zur Gemeinschaft des Liberalismus halten; etwas drittes dazwischen gibt es heute noch weniger als vor zehn Jahren. Es gibt Einzelmenschen, die zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus in der Mitte stehen (und auch ich habe zu ihnen gehört), aber eine Partei läßt sich aus diesen Einzelmenschen nicht machen. Es kann nicht für jede politische Färbung eine besondere Organisation geben. Daß ich keinen Enthusiasmus für die Blockeinheit mit den Konservativen habe, wissen meine Freunde; daß ich vom Reichskanzler wenig Liberalismus erwarte, wissen sie auch, aber ich bleibe bei der liberalen Einigung und werde das auch gegen liebe und verehrte Freunde mit Festigkeit zu vertreten wissen.“

Herr Naumann versucht nicht nur seine Mitschuld am traurigen Vereinsgesetzkompromiß zu entschuldigen, er versucht zugleich die ihm früher zunächststehenden Parteifreunde aus der liberalen Partei hinauszukomplimentieren. Ob die Herren Barth, v. Gerlach, Breitscheidt die Absicht haben, solchen liebenswürdigen Anweisungen zu folgen, mag noch zweifelhaft sein. Sie werden wohl zunächst auf der nächsten Frankfurter Tagung der Freisinnigen Vereinigung ihre Ansicht vertreten.

Herr Naumann verschiebt übrigens die eigentliche Frage, die ihm gestellt ist. Er spricht viel von der Unmöglichkeit, eine Partei zwischen Freisinn und Sozialdemokratie zu begründen. Hierin hat er ganz recht. Seine einstigen Versuche sind mißlungen, wie wir es voraussahen. Etwas ganz anderes ist es aber, ob deshalb nun Herr Naumann einen jämmerlichen arbeiterverräterischen Kompromiß mitmachen muß! Weil eine Partei zwischen Freisinn und Sozialdemokratie nicht möglich ist, darum brauchen Liberale, die ihre Grundsätze einigermaßen bewahren wollen, doch nicht sogleich mit Bülow und den Junkern sich verbünden. Wenn Herr Naumann jetzt sich dem Schacher des § 7 verschreibt, so wird es auch für ihn auf der abschüssigen Bahn keinen Halt mehr geben.

Die Zurückgestellten.

Die württembergischen Eisenbahnbeamten werden gut tun, den Schmachtriemen etwas schärfer anzuziehen, denn vorläufig können sie auf eine Gehaltserhöhung nicht rechnen. Der Vorstand der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Direktor v. Stieler, hat mit Zustimmung des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten den Vorständen der in Württemberg bestehenden Eisenbahnbeamten- und Unterbeamtenvereine in einer Konferenz mitgeteilt, daß wegen des ungünstigen Abschlusses der Eisenbahnverwaltung auch auf dem Gebiete des Personalwesens eine Vermeidung von Mehrausgaben notwendig ist. Die Beamten und Unterbeamten würden sich für die nächste Zeit in ihren Wünschen auf Besserstellung bescheiden müssen, da es sich im nächsten Hauptetat nur darum handeln könne, einzelne Unebenheiten in den Gehaltsbezügen auszugleichen. Erhebliche Aufbesserungen irgendwelcher Art könnten nicht in Aussicht genommen werden.

Die ungünstigen Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung rühren zum guten Teil aus der verfehlten Personentarifreform und der Einführung der Fahrkartensteuer. Die Eisenbeamten, die hieran völlig unschuldig sind, müssen dafür büßen.

•

Die Berliner Beamtenzeitung gibt den Beamten den Rat der Wahlenthaltung bei den preußischen Landtagswahlen. „Dieser Regierung und diesen Parteien keine Stimme!“ solle die Parole lauten wegen der Verschiebung der Gehaltsreform. Den Beamten scheint allmählich klar zu werden, daß sie die Geprellten waren, als sie während der letzten Reichstagswahl auf das inbrünstige Liebeswerben der bürgerlichen Beamtenfreunde hereinfielen.

Reichstagsstichwahl.

Emden, 1. April. Fegter (freis. Vereinigg.) erhielt 12687, Grönevеld (Deutschsoz.) 9015 Stimmen. Fegter ist somit gewählt.

Im 1. hannoverschen Wahlkreis Norden-Emden wurde 1907 der Fürst zu Inn- und Knyphausen (kons.) mit 12344 gegen 12151 Stimmen der Freisinnigen Vereinigung gewählt.

Ketzerfurcht im Trierer Lande.

Der Ortslehrerverein in Neunkirchen (Saarrevier), dem fast alle evangelischen und katholischen Lehrer des Ortes angehören, veranstaltete eine Reihe wissenschaftlicher Vortragsabende. Zu dem letzten dieser Abende hatte man Bruno Wille aus Berlin eingeladen, der dort über Modernismus redete. Die Neunkirchener Lehrer scheinen demnach der vernünftigen Meinung zu sein, daß es urteilsfähigen Menschen nicht schaden kann, die Meinung eines Mannes zu hören, dessen Weltanschauung nicht die ihrige ist. Anders denkt die ultramontane Trierische Landes-Zeitung. Sie nennt Wille einen „eingefleischten Sozialisten und Atheisten“, beschuldigt ihn, die „althergebrachten Lehren des Christentums geleugnet“ und den „Unglauben verherrlicht“ zu haben. Namentlich ist das Blatt entsetzt darüber, daß die Versammelten dem Redner lebhaften Beifall spendeten, statt daß jede Aeußerung verstummt wäre im Unwillen über die Schmach, die hier dem Christentum zugefügt worden sei. „Wie muß allmählich,“ so schließt das Blatt seinen Jammerartikel, „die Erziehung der Jugend sich gestalten, wenn Lehrer von einem Sozialdemokraten schlimmster Art sich Vorträge halten lassen! Das läßt tief blicken.“

Die Denunziation im letzten Satze wird wohl fruchten. Die Neunkirchener Lehrer werden demnächst wohl angewiesen werden, daß sie in Zukunft ihre Belehrung nur noch von politisch und religiös abgestempelten Personen zu beziehen haben. Wir leben nicht umsonst unter dem System Holle!

Wie man Lehrer „erzieht“.

In der pädagogischen Presse wird ein kleiner Auszug der Haderslebener Seminargesetze bekannt. So schreibt die Schleswig-Holsteinische Schulzeitung: „Die Hauswirte haben sich schriftlich verpflichten müssen, die Haustür abends 10 Uhr abzuschließen, den Seminaristen keinen Hausschlüssel zu überlassen und, sobald letztere ihre Wohnung nach 8 resp. 9 Uhr verlassen oder nicht rechtzeitig zu Hause sind, solches am nächsten Morgen vor 8 Uhr dem Seminardirektor anzuzeigen. Bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften werden ihnen die Seminaristen entzogen.“ Da niemand zum Vergnügen Schüler in Pension nimmt, am wenigsten unter solchen Umständen, sondern der Vermieter oft durch pekuniäre Verhältnisse dazu gezwungen und also genötigt ist, obige Vorschriften zu erfüllen, so kann man sich leicht ausmalen, welches Verhältnis häufig zwischen Hauswirt und Seminaristen entstehen muß, zumal diesen eine Kündigung ihrer Wohnung nur mit Genehmigung der Seminarleitung zusteht. — Am 2. Mai wird das Eckernförder Seminar, das in ähnlicher Weise Lehrererziehung betreibt, den Tag seines fünfzigjährigen Bestehens feiern. Die „ehemaligen Eckernförder“ in Kiel und Altona haben einstimmig beschlossen, der Feier fernzubleiben, um dadurch gegen den Zwingri-Geist der heutigen Seminarerziehung zu protestieren. Die Beschlüsse werden in den geeigneten Blättern der Provinz veröffentlicht.

Ein Beitrag zur Frage der geistlichen Schulaufsicht.

Aus der Uckermark bringt die Preußische Lehrerzeitung folgenden lustigen Bericht: Es ist Osterprüfung. Der Herr Ortsschulinspektor hat den Katheder sitz inne und blättert im Pensenbuch, während die Oberstufe ihre Fertigkeit im Kopfrechnen zeigt. Die Frau Pastor, eine ehemalige Lehrerin, beehrt die Schule ebenfalls mit ihrer Anwesenheit. Sie macht eine Handarbeit, interessiert sich aber ersichtlich für die Leistungen der Kinder. Auch die Schulvorsteher sind anwesend und folgen aufmerksam dem Gange der Ereignisse. Plötzlich springt der Herr Pastor vom Katheder herab und hält mir das Pensenbuch vor die Nase. „Was haben Sie hier eingetragen?“ „Wie Sie sehen, Herr Pastor, steht da: Die Parallelogramme und ihre Berechnung.“ „So; kennen denn die Kinder ein Parallelogramm?“ „Ich denke doch!“ Der Herr Ortsschulinspektor winkt kurz einem Knaben; dieser tritt an die Wandtafel. „Nimm die Kreide und zeichne ein Parallelogramm!“ Der Knabe zeichnet ein Rechteck. „Aber Junge, das ist doch kein Parallelogramm!“ Der Knabe sieht den Gestrengen schweigend an. Ich schweige auch, denn ich nehme an, daß es auf eine antipädagogische „Versuchung“ des Knaben abgesehen ist. Ein abermaliger Wink des Herrn Inspektors; ein andrer Schüler tritt vor. „Zeichne du ein Parallelogramm!“ Der Knabe zeichnet ein Quadrat. Mit einem unwilligen Kopfschütteln wendet sich der Herr Pastor an mich. „Aber, Herr . . . ., was die Knaben da zeichnen, das sind doch keine Parallelogramme!“ „Nicht? Wofür halten Sie denn die Figuren?“ „Na, das eine ist 'n Rechteck, und das andere soll wohl ein Quadrat sein.“ „Das stimmt; aber erlauben Sie, Herr Pastor, wir wollen doch einmal durch die Kinder feststellen lassen, was ein Parallelogramm ist.“ Ich wende mich an die Klasse. „Was sind Parallelogramme?“ Antwort eines Knaben: „Parallelogramme sind Vierecke, deren Seiten paarweise gleichlaufend sind.“ „Wieviel Arten von Parallelogrammen gibt es?“ Es gibt vier Arten von Parallelogrammen.“ „Wie heißen sie?“ „Quadrat, Rechteck, Rhombus, Rhomboid.“ Der Herr Pastor macht ein Gesicht wie jemand, der in einer fremden Sprache angeredet wird, nimmt die Kreide und wirft mit markigen Strichen eine Raute auf die Wandtafel. „Das, Herr . . . ., ist ein Parallelogramm; wenn Sie annehmen, daß die Knaben da Parallelogramme gezeichnet haben, so befinden Sie sich in einem großen Irrtum.“ Ich warf einen schnellen Seitenblick auf die Frau Pastor; sie entfärbte sich sichtlich. Die Schulvorsteher machten kritische Gesichter. „Aber, Herr Pastor,“ erwiderte ich, ein unbotmäßiges Lächeln vergeblich bekämpfend, „die Kinder haben Ihnen ja vorhin gesagt, daß der Rhombus ein Parallelogramm ist; warum wollen Sie aber nun durchaus die Quadrate und Rechtecke nicht unter den Parallelogrammen dulden?“ Sei es nun, daß der Gestrenge einen der vernichtenden Blicke seiner Gattin auffing, sei es, daß ihn meine stille Siegermiene stutzig machte — er drehte sich plötzlich auf dem linken Absatz um, klopfte die Kreide von den Fingern und fällte das salomonische Urteil: „Na, es mag sein, daß diese Figuren heute als Parallelogramme gelten; damals, als ich die Schule besuchte, galten sie jedenfalls nicht dafür; und übrigens, was soll denn das in einer Landschule? Ist ja viel zu viel!“ Dieser geborene Ortsschulinspektor mußte sich etwas darauf an, daß er in Schulpforta gewesen war und dort mit Friedrich Nietzsche auf einer Bank gesessen hatte.

Tirpitz als Herrenhäusler. Die Berufung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Admirals v. Tirpitz ins Herrenhaus wird amtlich bekanntgegeben.

Das Kolonialinstitut in Hamburg. Die Bürgerschaft genehmigte in ihrer Sitzung am Mittwoch gemäß dem Antrage des Senats die Errichtung eines Kolonialinstituts in Hamburg im Anschluß an die wissenschaftlichen Anstalten und das Vorlesungswesen und bewilligte die erforderlichen einmaligen und laufenden Mittel. Das Institut soll zur Ausbildung von jährlich 20 Kolonialbeamten dienen.

Aus dem Lager der Bücklinge. Ein konservatives Parteisekretariat ist am 1. April für die Provinz Hannover eingerichtet worden, um die dortige Partei zu organisieren. Der Natur der Sache nach richtet sich das ganze Unternehmen hauptsächlich gegen die Nationalliberalen.

Kleine politische Nachrichten. Bei den Metzeleien in Adana wurden nach einer Meldung aus Konstantinopel 33 Armenier getötet und 18 schwer verwundet. — Alle führenden Börsen in Neuyork haben ihre Spekulationsgeschäfte geschlossen. Man glaubt, daß die Börsen wegen gewisser Umstände, die die polizeilichen Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Bombenwurf vom 28. März zutage gefördert haben, es für ratsam hielten, Fremde auszuschließen. — Die republikanische Partei des Staates Indiana beschloß, die Kandidatur des Vizepräsidenten Fairbank zum Präsidenten zu unterstützen. Fairbank tritt dafür ein, daß die Tarifrevision unmittelbar nach der Präsidentenwahl und nicht, wie Roosevelt vorschlug, erst im Frühjahr 1909 vorgenommen werde. Er ist der Ansicht, daß nur einige Tarifänderungen erforderlich seien, die aber sobald als möglich erfolgen sollten. — Ein Boykott der japanischen Waren ist infolge des Tatsumaru-Zwischenfalles durch ganz China und auch unter den Chinesen im Auslande organisiert worden. Die Bewegung ist, wie der Daily Mail aus Honkong berichtet wird, sehr ernst für Japan. Der Vizekönig von Kanton hat die Instruktionen von Peking aus, die Urheber des Boykotts zu arretieren, unbeachtet gelassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Sprachenstreit.

Wien, 1. April. Im Budgetausschuß erklärte im fortgesetzter Beratung des Justizbudgets Ministerpräsident Frhr. v. Bed anknüpfend an die gestrigen Ausführungen des Justizministers, der Zustand der Unsicherheit, der auf dem Gebiete des Sprachengebrauchs bei den Behörden in Böhmen vielfach bestehe, sei unhaltbar. Die Vertreter des tschechischen Volkes klagten darüber, daß sie sich vor die Tatsache gestellt sähen, daß einzelne Richter die seit Jahren feststehenden und auch vom obersten Gerichtshof anerkannten Grundlagen der Sprachenfrage plötzlich aufgäben. Aber auch die Vertreter des deutschen Volkes führen Beschwerde darüber, daß die Gestaltung der Sprachenfrage in Böhmen eine auch für sie nicht minder unbefriedigende Lage geschaffen habe. Nur wenn an Stelle des bisherigen Zustandes eine feste, gesetzliche, das ganze Gebiet des Sprachengebrauches der Behörden umfassende Ordnung trete, würden die widersprechenden Urteile einer einheitlichen Judikatur weichen. Von diesem Grundgedanken ausgehend arbeite die Regierung einen Sprachengesetzentwurf aus, der nur noch einer letzten Revision bedürfe. Sie werde alles tun, um den Boden für das Gesetz auch parlamentarisch vorzubereiten. Die Regierung allein könne nicht alles vollbringen, denselben Teil der Arbeit und der Verantwortung trüge auch das Parlament. In vereinter ehrlicher Arbeit werde man das bedeutungsvolle Werk vollbringen. — Klofac hielt die Erklärung des Ministerpräsidenten für unbefriedigend. Die Sitzung wurde darauf geschlossen, um den Parteien Zeit zur Beratung zu lassen.

Als Protest gegen die preußische Polenpolitik.

Wien, 1. April. Aus Lemberg wird gemeldet: Zur Boykottierung des deutschen Feldarbeitermarktes organisiert der galizische Abgeordnete Kolyszewski, der die Landwirtschaftsverhältnisse in den französischen Departements Saone und Loire studierte, Transporte galizischer Feldarbeiter nach Frankreich, die sonst nach Preußen gingen. Etwa 1000 galizische Arbeiter sind bereits nach Frankreich abgegangen. Am 15. April folgt ein zweiter Transport von 400 galizischen Feldarbeitern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080402/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG